



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 14. Mai 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0032

Bombenentschärfung in Wiesbaden-Biebrich

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.05.2024 -

Am 3. April 2024 haben Mitarbeitende des Kampfmittelräumdienstes in Wiesbaden einen Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg entschärft. Es handelte sich um eine der größten jemals in Wiesbaden entdeckten Bomben. Die 500 Kilogramm schwere Fliegerbombe wurde bei Sondierungen vor Bauarbeiten im bevölkerungsreichsten Stadtteil Biebrich entdeckt.

Als Vorsichtsmaßnahme mussten dabei rund 10.000 Anwohner in einem Radius von einem Kilometer rund um den Ort des Bombenfunds evakuiert werden. Bei der Evakuierung kam es zu kleineren Verzögerungen, wobei für die Evakuierung und die Bombenentschärfung insgesamt ein positives Fazit aufgrund der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten gezogen wurde, welche eine hervorragende Arbeit leisteten.

Der Ausschuss dankt den Einsatzkräften für ihren Einsatz.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Vertreter*innen der an der Evakuierung beteiligten Organisationen/Stadt in den Ausschuss einzuladen, um den Ausschussmitgliedern über den Ablauf und ihre Arbeit bei der Evakuierung 03.04.2024 zu berichten und in einen Austausch über die Anforderungen und mögliche Verbesserungspotentiale für zukünftige Evakuierungen zu kommen und ggf. über "Lehren" und Anpassungen für zukünftige Fälle zu berichten. Hierbei soll unter anderem auf folgende Thematiken eingegangen werden:

1. Wie wurde der Evakuierungseinsatz von Seiten des Ordnungsamtes, Feuerwehr, Polizei und verschiedenen Hilfsorganisationen organisiert und wie verlief die Kommunikation zwischen den beteiligten Behörden und Akteuren?
 - a. Wie hat die Bevölkerung auf die großangelegte Evakuierung und Entschärfung reagiert?
 - i. Welche Gründe hatten die Anwohner*innen ihre Wohnung nicht zu verlassen? Sind den Einsatzkräften diese Gründe bekannt geworden?
 - ii. Wie fließen die Erfahrungen in die Vorbereitung auf mögliche weitere kritische Situationen ein?
 - b. Welche Kommunikationswege/Kommunikationsmittel haben sich am effizientesten zur Kontaktaufnahme mit den Anwohner*innen herausgestellt?

Beschluss Nr. 0027

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 29.05.2024

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, . .2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, . .2024

Dezernat I
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister